

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

In was für einer Welt wollen wir eigentlich leben?

Kann eine Gesellschaft, deren Wirtschaft dauerhaft als einziges Ziel die Maximierung der Unternehmensprofite hat, langfristig zu einer gerechten Welt führen? Ist es richtig, praktisch jede Aufgabe und jede Tätigkeit in unserer Zivilgesellschaft dem Gewinn-Maximierungs-Prinzip zu unterwerfen? Was passiert eigentlich mit Menschen in einer Gesellschaft, die ihren Wert als Lebewesen davon abhängig machen, inwieweit er als HUMAN RESSOURCE – allein schon dieses Wort bereitet mir Unbehagen – am Markt verwertbar ist! Und wenn er das nicht mehr ist – verwertbar! – wie bewerten wir ihn neu?

Und welche Rolle haben wir als winzige AWO im Westlichen Westfalen in diesem Zusammenhang – bzw. was bedeutet das ganz konkret für uns sowohl als Verband, als auch für den einzelnen Mitarbeiter und auch als Mitglied?

Ich möchte nur einige Gedanken – auch vor dem Hintergrund von 100 Jahren AWO – zusammenbringen, über die wir uns vielleicht mal alle Gedanken machen sollten. Es wäre jetzt der ideale Zeitpunkt!

Sind Banken wichtiger als Menschen?

Das Deutsche Institut der Wirtschaft hat berechnet, dass die Ausgaben für Flüchtlinge im Durchschnitt 22 Milliarden pro Jahr ausmachen – allerdings werden diese zusätzlichen Menschen in Deutschland (die mit rund 70% im erwerbsfähigen Alter sind) das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Jahr um 0,2 Prozentpunkte ankurbeln – das ist mehr Wachstum pro Jahr, als jemals durch das Freihandelsabkommen TTIP prognostiziert wurde!

Die Bankenrettung als Folge der Finanzkrise hat den deutschen Steuerzahler übrigens im Vergleich dazu bis zum heutigen Tage über 300 Milliarden Euro gekostet – es gibt sogar Quellen, die bis zur endgültigen Bankenrettung von bis zu 500 Milliarden Euro ausgehen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.
Kronenstraße 63-69 • 44139 Dortmund

V.i.S.d.P.: Jörg Richard

Text: Katrin Mormann

Grafik/Layout: Silke Pfeifer, Puy Yeu Sandau

Fotos: S. 3 G. Oligmueller, S. 1/S. 4 K. Mormann, S. 1/S. 6 J. Richard, S. 7 oben Thomas Karsten, unten Five Alive'0,
Hintergrundbild ©ahmety34 - stock.adobe.com, S. 8-9 G. Oligmueller, S. 1/S. 12 UB Dortmund

Ausgabe Nr. 4 • Juli 2019 • Auflage: 7.500



Retten wir lieber Banken als Menschen? Und wenn ich nochmal ein wenig zuspitzen darf: Warum haben wir das Geld des Staates nicht dem ganz normalen Arbeitnehmer in Deutschland in die Hand gedrückt, um davon sein Auto aus der Finanzierung abzulösen, weil nach der Dieseldieselkrise dieses Fahrzeug, auf das er jahrelang gespart hat, nichts mehr wert war? Oder warum haben wir ihm nicht das Geld gegeben, um seinen Hauskredit mal ein wenig außer der Reihe zu tilgen?

Das Geld für die Banken haben doch auch diese Menschen über ihre Steuern an den Staat bezahlt. Warum hilft man nicht den Menschen, sondern lieber den Banken oder den Autokonzernen bei ihren selbstverursachten Krisen? Krisen, die entstanden sind aus einer Gier nach Profit – und Missachtung von kaufmännischen, moralischen und gesetzlichen Regeln! Ja, ich gebe zu, dass dieser Vergleich natürlich hinkt – das muss mir wirklich kein Ökonom erklären.

Aber müssen wir in Deutschland bei der ersten Krise, beim ersten echten Stresstest für unsere Gesellschaft, den rechten Rattenfängern folgen und ernsthaft daran glauben, dass deren „einfache Antworten“ auch nur ein einziges Problem lösen werden? Deren Antworten sind doch schon immer die gleichen gewesen. Genauso wie zwischen 1933 und 1945 – es gibt in der Krise immer einen der Schuld ist, und das ist im Zweifel immer der Fremde!

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel anführen für diese Welt, in der wir leben und in der wir bestimmte Dinge einfach als gegeben ansehen. Banken und Börsianer machen mal wieder Stimmung gegen die geplante Umsatzsteuer auf Finanzmarktgeschäfte. Laut einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ könnte allein Deutschland jährliche Erlöse von bis zu 45 Milliarden Euro durch die Finanz-

transaktionssteuer einnehmen. Laut einem Artikel im Spiegel kämen sogar bei einem 15-prozentigen Rückgang der Wertpapiergeschäfte und einem Einbruch des Derivatehandels um 75 Prozent immer noch fast 19 Milliarden Euro in Deutschland zusammen.

Bei einer Halbierung der Steuersätze auf 0,05 Prozent für Aktien und 0,005 Prozent für Derivate läge das Aufkommen noch bei 10 bis 25 Milliarden Euro. Selbst bei einer Zehntelung auf 0,01 und 0,001 Prozent brächte die Steuer noch 2,3 bis 5,4 Milliarden Euro.

Ich möchte diese Zahlen noch einmal in Relation setzen, um sie richtig einordnen zu können: Im Jahr 2017 summierten sich die Leistungsausgaben der einzelnen Leistungsbereiche der sozialen Pflegeversicherung auf eine Summe von rund 35,54 Milliarden Euro. 1995 waren es übrigens noch 4,42 Milliarden! Daran erkennt man die Herausforderungen der Zukunft!

Und jetzt muss man – zwangsläufig – einen Bogen spannen zu unserer Realität, zu unserem Alltag als Wohlfahrtsverband in Deutschland. Als ein „Player“ am Markt. Und es handelt sich ja zwangsläufig um einen Markt, weil alles inzwischen zu „Märkte“ getragen wird in Deutschland! Was erleben wir als AWO? Wir ziehen uns immer mehr aus bestimmten Bereichen zurück, weil wir mit unseren Ansprüchen und Werten, denen wir verpflichtet sind, nicht mehr vorkommen!

Kitas werden inzwischen an ausländische Ketten vergeben und offene Ganztagschulen werden neu ausgeschrieben, wenn wir versuchen, die tariflichen Entgelte nach schwierigen Verhandlungen mit der Gewerkschaft umzusetzen – es gibt immer einen, der es billiger macht! Beratungsstellen werden in Frage gestellt bzw. es wird uns unterstellt, dass es dieses Problem gar nicht gäbe, wenn wir nicht ein entsprechendes Beratungsangebot vorhalten würden – wir erleben teils absurde Diskussionen in den Rathäusern! Möchte die AWO ein Projekt umsetzen, sehen wir uns immer öfter im Wettbewerb zu kommerziellen Anbietern, die nicht unsere Standards und Wertevorstellungen teilen!

Wir haben nichts gegen Wettbewerb – dem stellen wir uns gerne! Aber nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter*innen oder der Menschen, um die wir uns kümmern – tagtäglich! Und da sind wir schon bei Bernd Meurer, Präsident des Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa). Auch da müssen wir uns seit Monaten ein wildes Geflüche gefallen lassen, weil die AWO, allen voran Wolfgang Stadler beim AWO Bundesverband sehr erfolgreich und mit großer Geduld für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag wirbt! Bernd Meurer sagt dazu im BPA-Magazin 1/19: „Und schon komisch, wenn sich die AWO in den neuen Bundesländern mit einer unterstützenden Petition wichtig macht. Wer den Wettbewerb durch Gleichmacherei und allgemeinverbindliche Tarifverträge ad absurdum führt, befördert vor allem Preistreiberei.“

Ach Herr Meurer, wenn die Welt doch so einfach wäre: Privat heißt für Sie immer gut und günstig. Und unter Gemeinnützig versteht

man bei den Privaten eher „gemein“ und „nutzlos“! Sagen würden sie das natürlich nie. Der BPA hat über seinen Arbeitgeberpräsidenten – ausgerechnet Rainer Brüderle – ein Schreckgespenst an die Wand geworfen: 5,2 Milliarden Mehrkosten in der Pflege durch solche Tarifverträge! Nur seltsam, dass diese Kosten anscheinend nur die Privaten schocken und nicht die Freie Wohlfahrt, da diese in aller Regel bereits Gehälter deutlich über den ongepeilten Summen zahlt. Daher auch immer der Vorwurf, NRW wäre zu teuer in der Pflege – natürlich ist Pflege da teuer, wo die Mehrzahl der Träger gute tarifliche Gehälter zahlt und noch etwas für die Altersvorsorge seiner Mitarbeiter*innen unternimmt! Und natürlich ist es in Bundesländern, in denen mehrheitlich private Anbieter zu schlechten Löhnen arbeiten lassen billiger – aber auch darauf sollte NRW stolz sein! Auch Minister Karl-Josef Laumann!

Lasst uns nicht den Blick für das große Ganze verlieren

Und zum Schluss noch eine deutliche Bitte an alle AWO-ianer im Jubiläumsjahr! Sei es nun als Mitglied oder als Mitarbeiter*in. Zum einen: Lasst uns stolz sein. Stolz auf unsere Leistungen und unsere gute Arbeit. Und zum anderen: Lasst uns nicht den Blick für das große Ganze verlieren im „Klein-Klein“ des Alltags – seid mutig und stellt euch jeder Diskussion auf dem Fundament unserer Werte. Wir müssen wieder lernen, dass nichts selbstverständlich ist. Dass jeder, der mit uns an einer besseren Welt arbeiten möchte, eingeladen ist – und zwar mit viel Verstand und Menschlichkeit.

Wir haben diese Veränderungen in unserer Gesellschaft viel zu lange einfach hingenommen – vielleicht haben wir auch verlernt zu kämpfen. Zu kämpfen für Gerechtigkeit. Das geht aber nur mit Mut und Kraft. Und an dieser Stelle noch ein Gruß an unsere befreundete SPD: Man muss nicht alles gut finden, was Kevin Kühnert von sich gibt. Aber uns sollte doch auszeichnen, dass wir diese Diskussion nicht einfach abwürgen, sondern führen.

An einer Stelle gebe ich ihm ausdrücklich recht: Bildung in Kitas und OGS aber auch die Pflege sind kein Markt wie jeder andere – wir wären gut beraten, diese Bereiche vor Profitgier zu schützen! Die Tempel unserer Gesellschaft müssen die Kitas, die Schulen und die Universitäten sein und nicht die Banken! Und das bitte alles kostenlos für die Nutzer*innen und auskömmlich finanziert!

Herzlichst, Ihr

Uwe Hildebrandt, Geschäftsführer AWO Bezirk Westliches Westfalen



Einigung zum Jahresbeginn: AWO-Tarife steigen um 7,6 Prozent

Nach vier langen Verhandlungstagen haben sich die Tarifparteien zu Beginn des Jubiläumsjahres geeinigt: Um insgesamt 7,6 Prozent werden die Löhne und Gehälter der AWO-Mitarbeitenden in NRW steigen – gestaffelt in drei Stufen und über eine Laufzeit von 26 Monaten.

Im Detail steigen die Gehälter rückwirkend zum Jahresbeginn 2019 um 3,2 Prozent. Die nächste Steigerung erfolgt am 1.4.2020 um weitere 3,6 Prozent und zum 1.12.2020 noch einmal um 0,8 Prozent.

„Mit dem Ergebnis sind wir an unsere Grenzen gegangen“, sagt Uwe Hildebrandt rückblickend und dankt allen Beteiligten für die fairen und konstruktiven Verhandlungen.

„Wir haben jetzt eine planbare Steigerung, die wir als Arbeitgeber über die vereinbarte Laufzeit gut stemmen können. Mit dem Ergebnis können alle Seiten gut leben.“

Für Auszubildende werden die Vergütungen zum 1.1.2019 um 50 Euro erhöht. Eine weitere Steigerung um 50 Euro erfolgt dann am 1.1.2020.

Auch die Mitarbeitenden im OGS-Bereich wurden bedacht: Vollzeitbeschäftigte in EG 6 erhalten ab dem 1. August 2019 90 Euro zusätzlich – ein erster, wichtiger Schritt, um die Tarife dauerhaft anzupassen. „Es war uns wichtig, auch hier ein klares Signal zu senden. Allerdings konnten wir wegen einer fehlenden Refinanzierungsmöglichkeit nur bis zu dieser Grenze gehen“, so Uwe Hildebrandt.

Mehr dazu im Artikel „Refinanzierung“.

Hier hakt es: Fakten zur

An den Beispielen Offener Ganztags und Kindertagesstätten wird deutlich, wie gering die Spielräume für die Bezahlung der Fachkräfte in den Einrichtungen sind. Die Refinanzierungen sind ungerecht, und das gleich in mehrfacher Hinsicht: Sie benachteiligen die Beschäftigten des offenen Ganztags gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen in anderen Bereichen, sie führen zu spürbaren Nachteilen der tarifgebundenen Träger gegenüber anderen Anbietern und nicht zuletzt führen unterschiedliche Elternbeiträge zu Standortnachteilen ärmerer Kommunen. Die AWO fordert seit langem eine gerechtere Finanzierungsstruktur. Jochen Winter, Geschäftsführer im AWO Unterbezirk Ennepe-Ruhr erklärt, warum das eine entscheidende Rolle spielt.

Beiden Finanzierungssystemen, egal ob OGS oder KiTa, ist gemeinsam, dass sie im Wesentlichen auf drei Säulen beruhen: Einem Landeszuschuss, kommunalen Mitteln und Elternbeiträgen. Bei den Kindertagesstätten werden darüber hinaus von den Trägern noch Eigenmittel eingebracht. Bei der AWO macht das 9 Prozent der Kosten aus.

Bunt: schillernder Teppich bei den Elternbeiträgen

Dass der kommunale Anteil (neben einem Regelsatz bei den OGS, siehe Gafik) unterschiedlich hoch ausfallen kann, hat gleich zwei Effekte: Die Elternbeiträge sind nicht gleich. Düsseldorf etwa verzichtet in seinen Kindertagesstätten komplett auf eine Kostenbeteiligung der Eltern, in anderen Landesteilen variiert die Höhe des Elternanteils. Für Eltern ist das nicht selten eine Entscheidungsgrundlage für die Wahl des Wohnortes – ein Soft Skill, der mit über die Attraktivität der Städte und Gemeinden entscheidet. Arme Kommunen stehen so schlecht da bei der Entscheidung über Zu- und Wegzug junger Familien.

Finanzausstattung der OGS lässt keine Spielräume

Die Finanzierung des Offenen Ganztags basierte bei seiner Einführung auf der Annahme, dass die Beschäftigten über Honorarverträge tätig sein würden. Eine Zeitlang kursierten sogar Musterhonorarverträge des Landes. Ein Muster ohne Wert, denn sehr bald wurden die Honorarverträge durch befristete Beschäftigungsverhältnisse ersetzt, um überhaupt noch qualifizierte Kräfte zu finden.

Eine Veränderung mit Folgen, denn die erhöhten Kosten wurden nicht durch das Land aufgefangen, wodurch das System strukturell unterfinanziert war. Hinzu kommt, dass die Finanzierung keine Kostenübernahme für wichtige Aufgaben im OGS-Alltag, wie etwa Planung und Leitung vorsieht. „Finanziert werden nur Indianer, keine Häuptlinge“, beschreibt Jochen Winter die Situation in den Einrichtungen. So sei kaum jemand zu finden, der diese Aufgaben übernehmen wolle. Zwar gibt es höhere Zuschüsse für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf, doch geht dieses

Finanzierung von OGS und KiTas

Offener Ganzttag



Landeszuschuss



1.237 Euro

pro Schuljahr (pro Kind), seit Februar

Kommunaler Mindestzuschuss



461 Euro Minimum

pro Schuljahr (pro Kind), seit Februar

Elternbeiträge*

? Euro
variieren

* Elternbeiträge nicht bekannt, da in unterschiedlicher Höhe.

Geld dann auch eins zu eins in eine notwendige Ausstattung an Personal oder in kleinere Gruppenstärken.

Bei OGS und KiTas schlägt zudem ein erhöhter Verwaltungsaufwand für die Beantragung und Verwaltung von Sonderförderungen zu Buche – von der versprochenen Entbürokratisierung ist nichts übriggeblieben. Notwendig ist also in jedem Fall die Finanzierung von Leitungsfunktionen nicht nur in den KiTas.

Zeit ist der entscheidende Faktor

Gegenstand der vergangenen Tarifverhandlungen ist auch eine Anpassung der Entgeltgruppen von 6 auf 8 auch im Offenen Ganzttag. Dies wurde bereits für die Beschäftigten in den KiTas eingeführt. „Dass dies nun auch für vergleichbare Arbeit im OGS-Bereich eingeführt werden soll, ist nachvollziehbar, aber kaum zu stemmen – jedenfalls nicht so schnell“, betont Jochen Winter. Fakt ist: Für jedes Schuljahr werden neue Sätze zwischen den Kommunen und den Trägern verhandelt, dadurch ergibt sich schon der erste zeitliche Verzug bei der Refinanzierung. Fast schwerer noch wiegt aber die Tatsache, dass die Vergabe oder Fortführung der OGS-Verträge immer stärker dem finanziellen Druck der Kommunen unterliegen. Dazu kommt, dass längst nicht alle Anbieter tariflich gebunden sind. „In dieser Gemengelage sind Gehaltsteigerungen bei aller Wertschätzung gegenüber den eigenen Leuten und Ihrer Arbeit nur schwer am Markt durchzusetzen. Da braucht es gute Argumente gegenüber den Kommunen und Zeit diese vorzubringen“, erläutert Jochen Winter. Die Kommunen im Ennepe-Ruhr-Kreis setzen bislang auf Kontinuität in der

OGS-Landschaft. Das muss aber nicht so bleiben. Leidvolle Beispiele gäbe es da bereits in direkter Nachbarschaft.

Abwanderung verhindern

Trotzdem weiß auch Jochen Winter zu berichten, dass eine Anpassung dauerhaft umgesetzt werden muss. Im Ennepe-Ruhr-Kreis bewerben sich fähige OGS-Kräfte aus den eigenen Reihen um einen Job in den vier neuen KiTas, die die AWO derzeit im Kreis baut. Winter wertet das als klares Signal und möchte natürlich das Ausbluten des Offenen Ganztags verhindern – ein Spagat, der einen guten Kompromiss erfordern wird.



Finanzierungsanteile Kindertagesstätten

Landesmittel-Anteil



Kommunaler-Anteil*



AWO-Anteil



* unterteilt in Kommunenbeitrag/Elternbeitrag, Anteil variabel

KiTas bislang vergleichbar unterfinanziert

Im bisherigen System der KiTa-Finanzierung teilen sich das Land (36 Prozent) die Standortkommune (55 Prozent) und der Träger (im Fall der AWO: 9 Prozent) die Kosten. Die Kommunen legen dabei einen Elternbeitrag fest und entlasten sich so mehr oder weniger hoch. Der Elternbeitrag wurde früher in NRW einheitlich geregelt, die schwarz-gelbe Landesregierung hat diese Regelung aufgehoben, was zu den beschriebenen Folgen für die Attraktivität der Kommunen führt.

Und auch für die KiTas gilt: Sonderpauschalen sind immer auch an Sonderaufgaben und erhöhten Aufwand gebunden. Das bringt mehr Verwaltungsaufwand aber keine finanziellen Spielräume.

Die Spielräume, die der sogenannte „Rettungspakt“ zwischen Land und Trägern in den vergangenen Jahren geliefert hat, wurden bei den vorangegangenen Tarifrunden zum Beispiel für die erwähnte Verbesserung bei den Entgeltgruppen genutzt. Das Land hatte den Trägern 500 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt, um die Träger überhaupt im System zu halten. Gut so – Schade nur, dass mit der rot-grünen Vorgängerregierung eine halbe Milliarde Euro mehr vereinbart war – fehlendes Geld, das nun den Raum für weitere Verbesserungen erheblich schmälert.